



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Annette Karl, Ruth Waldmann, Stefan Schuster, Florian Ritter, Natascha Kohnen, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehner, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Expertenanhörung:

Faire Arbeitsbedingungen und besserer Schutz für Beschäftigte in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt eine Expertenanhörung zum Thema „Faire Arbeitsbedingungen und besserer Schutz für Beschäftigte in Europa“ durch.

Hierbei soll auf folgende Fragestellung eingegangen werden:

Ausgehend von der Situation in Bayern und Deutschland sollen Integration und Demokratie am Arbeitsplatz sowie die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in Europa untersucht werden. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) sollen im Mittelpunkt der Anhörung insbesondere die Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit statt Lohndumping und Ausbeutung“ stehen, wie z. B. die Stärkung der Mitbestimmungs-, Unterrichts- und Anhörungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattform- und Saisonarbeit.

Begründung:

Die Zukunft eines geeinten und solidarischen Europas auf der Basis einer sozialen Marktwirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit der EU braucht gemeinsame soziale Standards.

Vor dem Hintergrund des Übergangs zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft und der Entstehung neuer Beschäftigungsformen in einer sich wandelnden Arbeitswelt soll die EU den Fokus auf das Thema „Gute Arbeit statt Lohndumping und Ausbeutung“ nicht aus dem Blickfeld verlieren.

Neben Mindeststandards wie z. B. dem Mindestlohn sind insbesondere faire Arbeitsbedingungen und besserer Schutz für Beschäftigte in Europa zentrale Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte, auf die sich die Staats- und Regierungschefs in Porto im Mai 2021 geeinigt haben. Soziale Gerechtigkeit und Demokratie am Arbeitsplatz beinhalten den sozialen Dialog und die Einbeziehung der Beschäftigten über zentrale Aspekte wie Mitbestimmungs-, Unterrichts- und Anhörungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie auch die gerechte Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere in der Plattform- und Saisonarbeit. Der soziale Dialog gehört zur „DNA unserer sozialen Marktwirtschaft (in Europa)“, da „immer weniger Menschen gewerkschaftlich organisiert [sind] und in vielen Branchen, wie im Pflegesektor und in der Plattformarbeit (...) es kaum Tarifverhandlungen“ gibt (Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte; 25.1.2023).

Nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds Bayern (DGB Bayern) ist „der bayerische Niedriglohnsumpf tief, die Tariffucht der Arbeitgeber hält an und altersgerechte sowie gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen sind noch viel zu oft Fremdworte in den Betrieben und Dienststellen. Zur Wahrheit gehört jedoch: Wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, klappt es auch mit den Fachkräften. Dazu gehört ein ordentlicher tariflicher Lohn ebenso wie verlässliche Arbeitszeiten und ein ausreichender Gesundheitsschutz. Bei all diesen Bausteinen ist in Bayern noch viel Luft nach oben für Initiativen vonseiten der Arbeitgeber sowie der Staatsregierung.“ (Bernhard Stiedl, Vorsitzender des DGB Bayern, 31.1.2023)